

Simonis, Udo E.

Working Paper — Digitized Version

Abkehr von der umweltbelastenden Wirtschaftspolitik: Anleihen bei der Ökologie

WZB Discussion Paper, No. IIUG pre 85-22

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1985) : Abkehr von der umweltbelastenden Wirtschaftspolitik: Anleihen bei der Ökologie, WZB Discussion Paper, No. IIUG pre 85-22, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/82966>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IIUG pre 85-22

ABKEHR VON DER
UMWELTBELASTENDEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Anleihen bei der Ökologie

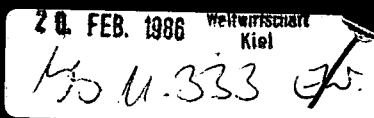
von

Udo Ernst Simonis
✓

Internationales
Institut
für
Umwelt
und
Gesellschaft

International
Institute
for
Environment
and
Society

IIUG preprints



Zusammenfassung

Wirtschaftliche Entwicklung ist mittel- und langfristig nicht ohne stärkere ökologische Orientierung der Wirtschaftspolitik möglich - jede kurzfristige Suche nach dem ökonomischen Gleichgewicht sollte auch das Bestreben nach Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts beinhalten. Ausgehend von dieser These skizziert der Verfasser die ökologischen Defizite neoklassischer und keynesianischer Strategien und entwickelt die Ansatzpunkte einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik, die bei neuen Leitvorstellungen, einer Qualifizierung der Ziele, einer Ergänzung der Instrumente und einer institutionellen Reform liegen.

Summary

Middle and longterm economic development is not possible without a more strongly ecology oriented economic policy. Every long-term search for economic balance should also include efforts to restore the ecological balance. Based on this thesis, the author describes the ecological deficits of neoclassical and Keynesian strategies and provides the starting point for an ecology oriented economic policy, based on new concepts, an assessment of goals, supplementing and improving of instruments and institutional reform.

"Wir haben unsere Welt
schneller verändert, als
wir es verstanden haben,
uns selbst zu verändern".
Walter Lippman

O. Eine Vorbemerkung

In einem kürzlich erschienenen Beitrag über "Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik" diagnostiziert Karl Schiller vier Lücken des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes¹⁾: die außenwirtschaftliche Flanke; die mangelnde Resistenz gegen Angebotsschocks; die Ohnmacht in langen Phasen wirtschaftlicher Stagnation; den möglichen Mißbrauch des Gesetzes. Bezüglich der wirtschaftspolitischen Therapie plädiert er für eine Mischung aus internationalen und nationalen, kurz- und mittelfristigen Anstrengungen, mit denen ein maßvoller Aufschwung in Stabilität zu erreichen wäre. Was die nationale Politik betrifft, so gälte es vor allem, die folgenden Weichen neu zu stellen: Die Steuerpolitik solle für eine Abflachung der Progression im mittleren Bereich des Einkommenssteuertarifs sorgen, den Einbau von Investitionshilfeabgaben bzw. Ergänzungsabgaben verhindern, Erleichterungen in der Gewerbesteuer und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer durchsetzen. In der Ausgabenpolitik ginge es darum, den Abbau der strukturellen Defizite in einem "Kernhaushalt" verbindlich festzulegen und die konjunkturell bedingte Verschuldung in einem "Konjunkturhaushalt" abzuwickeln, der ein Programm zur Förderung der privaten und öffentlichen Investitionen umfaßt. Was die Einkommenspolitik angeht, so solle man an den bewährten Traditionen und Institutionen des sozialen Konsens anknüpfen, im Sinne des Dialogs von Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.

Es fällt auf, daß Karl Schiller in einem Beitrag über aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik weder bei der Diagnose noch bei der Therapie die ökologische Frage aufgreift. Mag dies unter kurzfristigen Gesichtspunkten vielleicht noch verständlich sein, so ist es in der mittel- und längerfristigen Betrachtung, der er

breiten Raum widmet, ein erstaunliches Defizit. Worin mag diese Abstinenz begründet sein? Im folgenden sollen die Argumente geprüft werden, die für eine Integration ökologischer Aspekte in die Wirtschaftspolitik sprechen.

1. Zwei Ausgangsthesen

"Weder die ökonomische noch die ökologische Stabilität ist hinreichend gewährleistet!"

Über den ersten Teil dieser situationsbezogenen These herrscht Einverständnis quer durch alle Lager der Ökonomen. Die Basis dieses Konsens ist relativ leicht zu ermitteln: Bei allen Unterschieden in der Prioritätensetzung ist man sich über die Ziele selbst im wesentlichen einig: Man will Wachstum (angemessen soll es sein); man will (möglichst) Vollbeschäftigung; das Preisniveau soll (in etwa) stabil bleiben und die Zahlungsbilanz soll (möglichst) ausgeglichen sein. Mit gewissen Abstrichen sind alle diese Ziele zur Zeit in den meisten Ländern nicht erfüllt - die ökonomische Stabilität ist nicht hinreichend gewährleistet.

Der zweite Teil der These hat keine konsensuale Basis: Niemand hat bisher hinreichend plausibel und umfassend definiert, was ökologische Stabilität ist. Daß sie gefährdet, nicht mehr gegeben, zunehmend gefährdet ist, dafür mag es genügend Hinweise geben, doch einen allseits anerkannten Indikator der ökologischen Stabilität, der Umweltstabilität, gibt es bisher nicht. Entsprechend diffizil ist die wirtschaftliche These, die ich den folgenden Ausführungen zugrunde legen will:

"Wirtschaftliche Entwicklung ist (mittel- und langfristig) nicht ohne stärkere ökologische Orientierung der Wirtschaftspolitik möglich - jede (kurzfristige) Suche nach dem ökonomischen Gleichgewicht muß auch das Bestreben nach Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts beinhalten!"

Historisch gesehen dürfte diese These vielfach belegt sein. Was die Gegenwart betrifft, so vergeht kein Tag, an dem nicht neue Belege dafür geliefert werden. "Das Nachzahlen hat begonnen" -

schrieb Christian Schütze in einem Essay "Zur Lage der Natur in der Nation"²⁾. Die Gesamtsumme der öffentlichen und privaten Umweltschutzinvestitionen seit 1971 wird für die Bundesrepublik Deutschland auf rund 200 Milliarden DM geschätzt. Das Nachzahlen ist also bereits im vollen Gange - so müßte man wohl den Tatbestand der Nachbehandlung der akkumulierten (und sich weiter akkumulierenden) externen Effekte der Produktion bezeichnen. Milliarden für den Umweltschutz sind nicht nur eine (kurzfristige) Ausgabe, sie sind offensichtlich eine pure Notwendigkeit zur (langfristigen) Sicherung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Problemaufriß

In Bezug auf unser Thema gilt es zunächst zwei Fragen nachzugehen:

- Warum sollte Wirtschaftspolitik ökologisch ausgerichtet sein, reicht es nicht, wenn sie ökonomisch effizient ist?
- Wie könnte ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik aussehen?

Das Thema berührt offensichtlich zwei Fachpolitiken: die alte etablierte Wirtschaftspolitik und die relativ neue Umweltpolitik. Warum also nicht der Umweltpolitik, was der Umweltpolitik gehört, der Wirtschaftspolitik, was der Wirtschaftspolitik gehört?

Nun, zunächst ist die staatliche Umweltpolitik gerade dabei, sich stärker ökonomisch auszurichten: "Einbau ökonomischer Instrumente in die Umweltpolitik", "Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz fördern", so oder ähnlich lauten die Schlagworte. Doch werden nicht nur Zweifel an der ökonomischen Effizienz, sondern auch an der ökologischen Effektivität der praktizierten Umweltpolitik vorgebracht. Einige Stichworte hierzu:

- "Umweltpolitik ließe sich definieren als Gesamtheit der Ziele und Maßnahmen gesellschaftlicher Akteure, die den Umgang der Gesellschaft mit der Umwelt als natürliches System regeln ... Da die Gesellschaft in ihrer Existenz

letztlich von der natürlichen Umwelt und ihren Ressourcen abhängt, deckt Umweltpolitik prinzipiell alle Regeln ab, die den Umgang des Menschen mit der Natur zum Inhalt haben".³⁾ Die Praxis folgt einer solch weiten Definition nicht: Objektbereich der Umweltpolitik ist nur ein Teil der Beziehungen zwischen Umwelt und Gesellschaft; Umweltpolitik wird als medial-spezifische Politik, als Politik der Luft- und Wassereinhaltnung, des Lärmschutzes und der Abfallbeseitigung verstanden.

- Umweltpolitik ist auf Bundesebene und teilweise auch auf Länderebene nur als Fachpolitik der "zweiten Reihe" konzipiert; sie ist auch nicht erkennbar integrationsfreudiger als andere Fachpolitiken.
- Die mediale Orientierung der Umweltpolitik läßt (mindestens) zwei Strukturfehler entstehen: mediale Problemverschiebung und räumliche Problemverlagerung. Beispiel: Hohe Schornsteine reduzieren die lokale Luftbelastung im Ruhrgebiet, aber sie übersäuern die Seen und Wälder Skandinaviens.
- Die Ziele der Umweltpolitik sind nicht positiv, sondern über Grenzwerte negativ formuliert. Niemand sagt, um beim Beispiel zu bleiben, was "gute Luft" ist oder sein soll; man sagt stattdessen, wann an und für sich schon schlechte Luft für Mensch und Natur gefährlich wird.
- Die Instrumente der Umweltpolitik sind formal stark eingegrenzt - Auflagen und Gebote stehen im Vordergrund - und faktisch reaktiv orientiert. Es dominieren Rückhaltetechnologien im speziellen und nachsorgende Lösungsmuster im allgemeinen; präventive, vorsorgende Lösungen sind dagegen rar. Jüngstes Beispiel: Auch der Katalysator für das Auto wird hinter dem Motor eingebaut.
- Was die institutionell-organisatorische Seite angeht, so zeichnet sich Umweltpolitik im allgemeinen durch eine breite, vielfältige und teils traditionsreiche Trägerschaft aus. Neben den Teil-Ministerien und Bundes-Anstalten sind hier die Gewerbeaufsichtsämter, die Technischen Überwachungsvereine u.a. zu nennen. Den neuen und den alten Institutionen muß man jedoch allgemein unzureichende Durchsetzungskraft attestieren.

Diese kurze Skizze der praktizierten Umweltpolitik zeigt, daß sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit zu ihrer weiteren Verbesserung besteht. Dies aber ist hier nicht das Thema. Es sollte auch nicht allein das Thema sein aus folgendem Grund: Den für Umweltschutz zuständigen Ressorts in Bund, Ländern und Gemeinden fehlt in aller Regel der unmittelbare Einfluß auf jene Planungen, Entscheidungen und Investitionen in der Verkehrspolitik, der Energiepolitik, der Agrarpolitik und auch der Wirtschaftspolitik, die für die Qualität der Umwelt von

ausschlaggebender Bedeutung sind. Die folgenden Überlegungen gelten also nicht den Möglichkeiten einer ökonomischen Orientierung der Umweltpolitik, sondern vielmehr den Möglichkeiten und den Grenzen einer ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik.

Von Winfried Vogt stammt der Satz: "Die vollendetste Form des Selbstbewußtseins der Gesellschaft von ihren ökonomischen Verhältnissen ist die ökonomische Theorie"⁴⁾. Angesichts der Spaltung der ökonomischen Theorie in mehrere Lager, die bisher nicht nach Harmonie trachten, wird man sich dieser Aussage nicht unbedingt anschließen wollen. Eines aber scheint gewiß: Die ökonomische Theorie ist ein Angelpunkt des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, und Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik sind Spiegel der herrschenden Leitbilder der Gesellschaft. Hier zeigt sich jedoch sogleich ein erstes Zerrbild. Vereinfacht gesagt: Die staatliche Wirtschaftspolitik will vom Umweltthema bisher wenig wissen, trotz allem, was inzwischen über das steigende Umweltbewußtsein der Bevölkerung oder auch die wachsenden Marktchancen der Umweltschutzindustrie bekannt ist. Etwas genauer gesagt: Die wirtschaftspolitischen Konzeptionen - verstanden im Sinne der konsistenten Verknüpfung von Zielen, Maßnahmen und Institutionen - sind bisher erstaunlich unsensibel in Bezug auf die intensive Ökologiediskussion. Von Ansätzen abgesehen, gibt es bisher noch keine konsensualen Konzepte bezüglich der

- Ergänzung des wirtschaftspolitischen Zielkataloges,
- Erweiterung der herkömmlichen wirtschaftspolitischen Instrumente der Geld- und der Finanzpolitik,
- institutionellen ökologischen Reform der praktischen Wirtschaftspolitik.

Stattdessen gibt es eine stark spezialisierte Diskussion um die indirekte Änderung des ordnungspolitischen Rahmens der Wirtschaft in Form neuer umweltpolitischer Instrumente, wie Umweltabgaben und -zertifikate oder flexible Auflagenlösungen nach ausländischen Vorbildern (wie offset policy, bubble- und netting

out-Konzept, emission banking, usw.) und über die Neudefinition von Eigentums- und Verfügungsrechten (property rights-Ansatz)⁵⁾. Man muß also fragen, woran es liegt, daß ein so bedeutsamer Politikbereich wie die Wirtschaftspolitik, der wesentliche Elemente des Umweltproblems erzeugt, aber auch beseitigen könnte - über die Beeinflussung der Qualität der Produktionsverfahren und über die Steuerung der Qualität der Produkte - bisher so wenig sensibel reagiert hat auf die Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt, die von vielen Menschen als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit betrachtet wird.

Beschränkte man sich bei der Beantwortung dieser Frage zunächst nur auf die Theoriebildung⁶⁾, so ließe sich ein ganzes Bündel an möglichen Erklärungsgründen zusammenstellen, wie vor allem:

- die Bedeutung des statischen Gleichgewichtsdenkens,
- die Reduzierung der relevanten Produktionsfaktoren auf die Kategorien Arbeit und Kapital, bei Vernachlässigung des "stummen dritten Faktors" Natur,
- das Vertrauen in die Flexibilität von Strukturen und auf (kurzfristig) funktionierende Substitutionsprozesse,
- die disziplinäre Verhärtung bzw. die Abschottung gegen interdisziplinäre Ansätze, usw.

Man muß des weiteren jedoch und vor allem das ausgeprägte Vertrauen in die Relevanz traditioneller Strategievorschläge nennen - und dazu sind einige Ausführungen zu machen.

3. Traditionelle Strategien der Wirtschaftspolitik

In den meisten Industrieländern - auch in der Bundesrepublik - liegen wirtschaftspolitische Strategieansätze im Streit miteinander, die sich - bei aller notwendigen Differenzierung - auf zwei dominierende Grundpositionen reduzieren: Neoklassik und Keynesianismus. Beide haben - ein Phänomen für sich - höchst alte Wurzeln: die einen sind fast 200, die anderen inzwischen 50 Jahre alt. In diesem Sinne zumindest haben Ökonomen das,

was gelegentlich beklagt wird: "historisches Bewußtsein". Diese vorherrschenden beiden Grundpositionen möchte ich mit Blick auf den Zusammenhang der eingangs konstatierten fehlenden ökonomischen und ökologischen Stabilität kurz charakterisieren.

3.1 Ökologische Defizite neoklassischer Strategien

Bei der neoklassischen Grundposition steht eine Marktpolitik im Mittelpunkt, die zur Freisetzung der wirtschaftlichen Antriebskräfte und damit zur Dynamisierung des privatwirtschaftlichen Systems führen soll. So lokalisieren der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" und andere Vertreter der neoklassischen Grundposition die Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in gestörten Angebotsbedingungen. Diese seien vor allem beeinträchtigt durch: eine expansive Lohnpolitik der Gewerkschaften, einen hohen Steueranteil am Bruttosozialprodukt, ein Steuersystem, das die investive Verwendung des Einkommens nicht ausreichend begünstige, durch staatliche Regulierung und gerichtliche Blockierung von Großprojekten, was wiederum die allgemeine Investitionszurückhaltung weiter verstärke, sowie allgemein gesehen durch eine Aufweichung der ordnungspolitischen Prinzipien des marktwirtschaftlichen Systems.

Wirtschaftspolitisch ist mithin für die angebotsorientierte Grundposition der Mechanismus "Investitionen-Gewinn-Investitionen" von entscheidender Bedeutung: Durch zurückhaltende Lohnpolitik und entsprechende Begünstigung der Gewinneinkommen, durch Reduzierung der Staatsquote, durch ein leistungsmotivierendes Steuersystem, durch den Abbau staatlicher Regulierungen und durch die Schaffung eines allgemein wachstumsfreundlichen Klimas soll die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (die Beseitigung der Arbeitslosigkeit) erreicht werden. Dagegen wird ein Bedarf an stärker gestaltenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen verneint, mit Hinweis darauf, daß der Staat nicht über die notwendigen Informationen verfüge, der Markt die beste

Institution zur Abwicklung des erforderlichen Strukturwandels sei, usw. Auch die negativen Folgen (bzw. Voraussetzungen) des Wachstums - insbesondere in Form des "Umweltproblems" - sind für die Vertreter der neoklassischen Grundposition kein hinreichender Grund für eine kritischere Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Marktmechanismus, gelten bestenfalls als Hinweis für die nicht ausreichende Anpassung der allgemeinen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Wirtschaft.

Gegen die von der neoklassischen Grundposition vorgeschlagene wirtschaftspolitische Strategie lassen sich aus ökologischer Sicht eine Fülle von kritischen Argumenten vorbringen. Die strikteste Variante - die Behauptung der absoluten Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft - hat Hajo Riese als "Selbstneutralisierung der Wirtschaftspolitik" charakterisiert⁷⁾. Der Abbau der staatlichen Beeinflussung der Wirtschaftstätigkeit kann nicht nur den Prozeß der Kontraktion von Einkommen, Angebot und Nachfrage, sondern auch die Umweltbelastungen möglicherweise gefährlich beschleunigen. Gegen die behauptete Wirksamkeit der staatlichen Begünstigung der Gewinneinkommen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung läßt sich - von verteilungspolitischen Argumenten einmal abgesehen - einwenden, daß zunehmende Gewinne nicht automatisch zu steigenden Investitionen und zu mehr Umweltschutz führen, usw. Bezüglich der behaupteten ökologischen Effizienz der Marktwirtschaft wird allgemein einzuwenden sein, wieso es denn das Umweltproblem überhaupt gibt - und auch, daß sich bestimmte "Umweltgüter" schlicht nicht über den Markt anbieten lassen.

3.2 Ökologische Defizite keynesianischer Strategien

Die Nachfragesteuerung spielt im Rahmen der neoklassischen Strategie keine oder bestenfalls eine ergänzende Rolle. Anders beim keynesianischen Grundkonzept - und zwar aus der Überzeugung heraus, daß das marktwirtschaftliche System zur Instabilität tendiert, wodurch länger andauernde Arbeitslosigkeit möglich wird, ohne daß im ausreichenden Maße gegenwirkende

"Selbsteilungskräfte des Marktes" mobilisiert werden. Zur Sicherung der Beschäftigung wird folglich eine permanente staatliche Steuerung des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erforderlich. Insofern sind für die keynesianische Grundposition einzel- und gesamtwirtschaftliches Kalkül, Privatwirtschaft und ökonomisch aktiver Staat notwendige, sich ergänzende Bestandteile des Wirtschaftssystems.

In Bezug auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit stellen auch keynesianische Strategien ab auf die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und die Re-Aktivierung der Industrie. Im Unterschied zur neoklassischen Grundposition setzt die Ursachenklärung jedoch im wesentlichen bei der mangelnden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten an: Der Maßnahmenkatalog betont die Anhebung der Massenkaufkraft mit Hilfe aktiver Lohnpolitik und beschäftigungsorientierter Haushalts- und Subventionspolitik ("kompensatorische Budgets"). Das bedeutet im Grunde den Ausbau, nicht den Abbau der ökonomischen Funktionen des Staates.

Über diese allgemeinen Merkmale hinaus haben die keynesianisch geprägten Strategievorschläge in den letzten Jahren gewisse Ausdifferenzierungen erfahren, insbesondere die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, wobei deren Ausgestaltung zugleich umstritten ist. (Neo-)Keynesianer sind auch zunehmend unbefangener, konkrete Bedarfssfelder anzugeben, auf die hin staatliche Wirtschaftspolitik ausgerichtet sein sollte; der normative Charakter der vorgeschlagenen konkreten Aktionsprogramme ist gelegentlich sogar stark ausgeprägt: Man sagt, wie man wirtschaften will oder wirtschaften sollte⁸⁾. Trotz dieser sich vollziehenden Ergänzung der keynesianischen Grundposition lassen sich im Hinblick auf die unterstellte bzw. vermutete Wirksamkeit der entsprechenden staatlichen Aktionsprogramme angesichts der vorliegenden ökonomischen und ökologischen Probleme diverse Kritikpunkte vorbringen:

Keynesianische Globalsteuerung allein ist weder in der Lage, die Struktur der Zielgrößen (Wachstum, Beschäftigung, Umwelt) ausreichend zu bestimmen, noch die negativen Effekte der betreffenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinreichend zu kontrollieren. Als Beispiel seien nur die teilweise katastrophalen strukturellen Auswirkungen der allgemeinen Geldpolitik (Steigerung oder Senkung des Zinsniveaus) genannt. Insbesondere muß angesichts der gegebenen Anreizmechanismen auch die Möglichkeit, durch staatlich induzierte Anhebung der Massenkaufkraft Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zugleich zu erreichen, bezweifelt werden ("beschäftigungsloses Wachstum"). Keynesianische Wirtschaftspolitik gerät aber vor allem auch angesichts der teils stark vermachteten Märkte in ein Dilemma: Sie fördert kontra-produktive unternehmerische Abwehrreaktionen, wie Preis-anhebung oder Produktionsverweigerung, da sie den Unternehmern als Bevorzugung der Lohneinkommen erscheint - und für solche Reaktionen liefern die staatlichen Maßnahmen dann auch noch den finanziellen Spielraum.

Insofern ist durchaus fraglich, ob keynesianische Wirtschaftspolitik die Bewältigung des Beschäftigungsproblems bei gleichzeitiger Entschärfung des Umweltproblems leisten kann. Ohne Differenzierung der Ziele, Instrumente und Institutionen bleibt keynesianische Politik unvollkommen und lückenhaft. Eine weitere Differenzierung aber löst letztlich das keynesianische Paradigma auf, indirekte, globale Nachfragesteuerung in einem ansonsten marktwirtschaftlich funktionierenden System zu sein.

Ein Fazit: Angesichts der vorliegenden ökonomischen und ökologischen Problemkonstellation haben die "Marktpolitik neoklassischer Provenienz" und die "Keynesianische Politik der aktiven Wirtschaftssteuerung" ihre je spezifischen Schwächen und Defizite. Beiden Grundpositionen gemeinsam ist eine starke Präferenz für quantitatives Wirtschaftswachstum; beiden fehlt es dagegen an Sensibilität für das Umweltproblem. Ja, man könnte sagen, daß das Ausblenden der realen ökologischen Belastungen, wie aber auch des gestiegenen Umweltbewußtseins der Bevölkerung, geradezu die zentralen Schwächen der traditionellen wirtschaftspolitischen

Konzeptionen sind. Auf den Punkt gebracht: Sie schreiben unverdrossen die Trends der Vergangenheit fort. Mit fast kindlicher Naivität wird auf Wachstum und hohe Wachstumsraten gesetzt. Für Trendbrüche haben Traditionalisten, gleich welcher Provenienz, kein Gespür. Trägheit des Denkens also? Ja und Nein zugleich.

4. Ökologische Prinzipien und ökonomische Denkstrukturen

Viele Ökonomen pflegen viele Tabus: Arbeitszeitverkürzung, aktive Beschäftigungspolitik, Technologiekontrolle, ökologische Zukunftsvorsorge u.a.m. gerinnen sehr oft geradezu zu Feindbegriffen. Manche Ökonomen erkennen in der Ökologiediskussion eine Fundamentalkritik an der bisherigen Wirtschaftsweise. Abschottung ist eine Folge bei Fundamentalkritik - oder dem, was man dafür hält. Andererseits müßten bestimmte ökologische Prinzipien leicht ins Ökonomische "übersetzbar" sein, vor allem die Prinzipien Kreislauf und Nachhaltigkeit.

Beispielsweise macht es wenig Sinn, Getränke in Aluminiumdosen abzufüllen und diese Dosen nach Gebrauch in den Müll zu werfen, weil die Deponien vollaufen und der Platz für sie knapp wird. Neue Dosen werden aus Bauxit hergestellt, was wiederum Energie kostet - etwa zehnmal mehr als das Einschmelzen - und die Umweltbelastung erhöht.

In integrierten Kreisläufen zu denken, Wirtschaften als geschlossenen Kreislaufprozeß zu begreifen, hieße systematische Verringerung des Einsatzes nicht erneuerbarer Rohstoffe und der Entstehung nicht abbaufähiger Abfälle - und widerspricht einer auf schnellen Durchsatz angelegten Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik gerät, wenn nicht schon kurzfristig, so doch mittelfristig in das Dilemma, zunehmendes monetäres "Einkommen" gegen abnehmendes reales "Naturkapital" einzutauschen - und letzteres nicht einmal zu registrieren, weil das herkömmliche Rechnungswesen hinreichende Kriterien für die Messung von Substanzverlusten nicht aufweist. Herkömmliche Wirtschaftspolitik

stabilisiert bestenfalls ökonomische Strömungsgrößen, nicht aber ökologische Bestandsgrößen.

Hier könnte die Wiederentdeckung eines anderen ökologischen Prinzips von Nutzen sein: das der Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung bzw. der Verhinderung des Substanzverzehrs. Forstbesitzer haben sich lange Zeit erfolgreich danach gerichtet, "nicht mehr Holz zu schlagen als nachwächst". Doch dieses Prinzip ist nur bei regenerierbaren Ressourcen anwendbar - und auch dort erodiert seine Effektivität: Wenn ökologische Systeme durch technisch und produktspezifisch bedingte Schadstoffe tangiert werden, ist das ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit nicht mehr ohne weiteres gewährleistet. Extern produzierter "saurer Regen" macht intern betriebene Bestandserhaltung zunichte; das Prinzip der Nachhaltigkeit des (privaten) "Wald-Kapitals" wird durch das der indirekten Enteignung in Form des (öffentlich erlebten) "Wald-Sterbens" ersetzt.

Das ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit wird zudem in der ökonomischen Praxis allzu häufig in Routine pervertiert: Weil es Straßenbau-Ämter gibt, wird nachhaltig Straßenbau betrieben; weil es Wasserbau-Ämter gibt, wird Wasserbau betrieben - selbst wenn der Bedarf nach Straßen und Wasserstraßen längst gedeckt ist. Solche Formen von "Nachhaltigkeit" und "Kreislauf" können also nicht gemeint sein, wenn man von ökologischen Prinzipien für ökonomische Prozesse, von einer Anleihe der Ökonomie bei der Ökologie spricht!

Neben der konstatierten Beharrungstendenz ökonomischen Denkens gibt es (erfreulicherweise) auch geistige Beweglichkeit und wirtschaftspolitische Flexibilität⁹⁾. Diesen beiden Themen will ich mich im folgenden zuwenden.

5. Ansatzpunkte einer ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik

Die Kritik an der neoklassischen und der keynesianischen Grundposition hat sich entfaltet, weil die praktische Wirtschaftspolitik (a) beschäftigungsloses Wachstum nicht verhindert und (b) umweltverträgliches Wachstum nicht garantiert hat. Die "Enge" des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs wird in Frage gestellt, neue Zielkategorien werden bestimmt; die "Leere" des Instrumentenkastens wird aufgedeckt, neue Maßnahmen werden vorgeschlagen; die "Resistenz" der Institutionen wird beklagt, andere Institutionen werden gefordert.

Wassily Leontief hat die Leere des wirtschaftspolitischen Instrumentenkastens kürzlich wie folgt umschrieben: "Ich glaube nicht, daß auf lange Sicht ein modernes kapitalistisches Wirtschaftssystem gut funktionieren kann, wenn man die ganze Sache im wesentlichen nur mit zwei Variablen reguliert, mit dem Zinssatz und mit dem Defizit im Staatshaushalt. Wir müssen lernen, in längerfristigen Zusammenhängen zu denken. Viele Entscheidungen führen nicht zu den erwarteten Resultaten, weil die theoretischen Ausgangsmodelle zu einschichtig sind"¹⁰⁾. Differenzierte Regulation, Langzeit- und Vielschichtdenken sind also gefordert. Wie aber könnte eine Wirtschaftspolitik aussehen, die diesen Ansprüchen entspräche? Was sind die Konturen einer ökologischen Wirtschaftspolitik, der dritten Grundposition der Wirtschaftspolitik?

5.1. Neue Leitvorstellungen

Explizit und implizit beruht die herkömmliche Wirtschaftsweise und die sie steuernde Wirtschaftspolitik auf der Leitvorstellung der Erhöhung (bzw. Maximierung) von Strömungsgrößen wie Produktionsvolumen, Einkommen, Umsatz, Gewinn. Kenneth Boulding hat das vor rund fünfzehn Jahren auf den Begriff gebracht: "throughput economy" - Durchlaufwirtschaft¹¹⁾. Nicht unbeeinflusst

von den Ereignissen jener Tage hat er dem einen Gegenbegriff entgegengesetzt: "spaceship economy" - Raumschiffökonomie.

Der Raumfahrt und der für sie notwendigen Technologie stand Boulding vermutlich eher skeptisch gegenüber. Was ihm jedoch als neues Paradigma vorschwebte, war die Kombination von Effizienz und Substanzerhaltung (Bestandsgröße). Schriebe er heute, würde er wohl von "ecological economy - ökologischer Wirtschaft" sprechen.

Um die Leitvorstellungen in eigene Worte zu fassen: Eine ökologische Orientierung der Wirtschaftspolitik erfordert, daß verschiedene grundlegende Gesichtspunkte in allen praktischen Entscheidungsprozessen zum tragen kommen:

- Im Sinne des Vorsorgeprinzips muß Wirtschaftspolitik auf die Umweltverträglichkeit des Wirtschaftens ausgerichtet werden und für ressourcenschonende Lösungsalternativen sorgen.
- Im Interesse der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist der übermäßige Durchlauf von Ressourcen durch das Wirtschaftssystem zu reduzieren, dezentrale Strukturen von Produktion und Konsum erhalten größere Bedeutung.
- Die Wirtschaftspolitik bedarf der Steuerungsmechanismen, die einen umweltentlastenden Strukturwandel, eine "ökologische Erneuerung der Wirtschaft", insbesondere eine weitreichende Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz bzw. Umweltbelastung bewirken.

5.2 Qualifizierung der Ziele

Die allgemeine Wachstumskritik, die in den 70er Jahren einsetzte, hat eine neue wirtschaftspolitische Zielkategorie entstehen lassen: "qualitatives Wachstum". Ansatzpunkt dieser Zieldiskussion war die Kritik am herkömmlichen Wachstumsbegriff, der die Zunahme der Summe der marktgängigen Güter und Dienstleistungen (reales BSP) meint und eine Parallelität von Wirtschaftswachstum

und Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung unterstellt. Diese Kritik weist nach, daß dieses Parallelitätsaxiom unter den gegebenen Bedingungen (sog. "defensive Ausgaben") nicht gilt. Traditionell gemessenes Wirtschaftswachstum kann nicht qualitatives Wachstum sein, weil das herkömmliche betriebs- und volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig ist und fehlerhafte Bewertungen aufweist. Aus dieser Überlegung heraus sind Kriterien für ein qualitatives Wachstum entwickelt worden, die Kriterien der "Umweltverträglichkeit", der "Beschäftigungs- und Sozialverträglichkeit", der "Verteilungsgerechtigkeit" des Wirtschaftens. Durch eine derart erweiterte Verträglichkeitsprüfung bzw. multi-dimensionale Zieldefinition kann der Wirtschaftsprozess qualitativ bestimmt werden; die danach resultierende Zunahme des Sozialprodukts ("Wirtschaftswachstum") ließe sich dann als qualitativ bezeichnen.

Für die verschiedenen Entscheidungsebenen sind hierzu entsprechende Meß- und Steuerungskonzepte entwickelt worden: Die "Ökobilanz" (ökologische Buchhaltung) und die "Sozialbilanz" auf der betrieblich-institutionellen Ebene, die "Umweltverträglichkeitsprüfung" (UVP) auf der Projekt- und Programmebene, die "Wohlfahrtsbilanz" (Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene¹²⁾. Solche neuen Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden setzen den Markt als Entscheidungssystem nicht außer Kraft, qualifizieren jedoch seine Ergebnisse. Sie bieten unternehmensinterne, projektbezogene und gesamtwirtschaftliche Entscheidungshilfen, stellen Information für die Öffentlichkeit bereit und liefern damit Ansätze zur Förderung einer qualitativen Entwicklung der Wirtschaft im Sinne des (wirtschafts-)politischen Imperativs: "Entscheiden - was wachsen soll".

Parallel zu dem Vorschlag zur Einführung und Anwendung neuer Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden sind auch Ideen zur Neuformulierung des gesamtwirtschaftlichen Zielkatalogs in der Diskussion. Ausgehend von der Auffassung, daß die Lösung der anstehenden ökonomischen und ökologischen Probleme grundsätzliche

Veränderungen im Wertesystem der Gesellschaft voraussetzt, die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen bisher aber weder in der Theorie noch in der Praxis als explizites Ziel der Wirtschaftspolitik begriffen wird, entstand die Forderung nach Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Zielkatalogs durch ein neues Ziel: "Umweltstabilität".

Auf welche Weise und mit welcher Konsequenz "Umweltstabilität" neben der Beschäftigungs- und der Preisstabilisierung in den Zielkatalog der Wirtschaftspolitik (neues Stabilitäts- und Wachstumsgesetz) aufgenommen werden könnte - bzw. wie neben der Kontrolle von Kartellen und marktbeherrschenden Unternehmen eine "Kontrolle rohstoffverschwendender und umweltbelastender Unternehmen" zur Aufgabe einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde (neues Kartellgesetz) werden könnte - dies sind allerdings noch weitgehend offene Fragen. Der "ökologische Karl Schiller" ist noch nicht gefunden, doch die ökologische Anpassung dieser beiden wichtigen gesetzlichen Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik ist längst überfällig - so wie auch die des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935.

Intensiv diskutiert wird inzwischen die Frage der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz bzw. in den Länderverfassungen. Langfristig gesehen gibt es kein Grundrecht auf Leben ohne eine gesunde natürliche Umwelt. Auf dieser Überlegung basiert der Vorschlag der Sachverständigenkommission "Staatszielbestimmung/Gesetzgebungsaufträge", den Umweltschutz als Ziel staatlichen Handelns im Grundgesetz zu verankern. Verbunden mit dieser Forderung einer verfassungsrechtlich zu gebietenden Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Hoffnung auf daraus entstehende weitere spezielle Impulse für die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung - und damit natürlich auch für die staatliche Wirtschaftspolitik.

5.3 Ergänzung der Instrumente

Die traditionellen wirtschaftspolitischen "Instrumentenkästen" Geldpolitik und Finanzpolitik haben im Zeitablauf gewisse Verfeinerungen erfahren, wie zum Beispiel: Differenzierte Geldmengenziele, Potentialbudgets, Eventualhaushalte und andere teils theoretische, teils praktische Ausfächerungen der Geld- und Finanzpolitik. Andererseits ist eine eigentliche Strukturierung nicht erfolgt:

- Die Zinspolitik bleibt global, eine branchen-, regionen- oder güterspezifische Zinspolitik der Notenbank ist nicht vorgesehen.
- Die Zulässigkeit von staatlichen Budgetdefiziten wird weiterhin im wesentlichen nur an einem globalen Kriterium gemessen: Konsum- oder Investitionsausgaben, obwohl der Konsens über diese Grundbegriffe der Ökonomie immer brüchiger geworden ist.

Wenn und in dem Maße, wie man in der gegenwärtigen Krisenkonstellation strukturelle Probleme, insbesondere auch eine Umweltkrise sieht, sind Geld- und Finanzpolitik in ihrer bisherigen unspezifischen Form und in Bezug auf unser Thema letztlich nicht zielführend: Ihr übergeordnetes Ziel ist die Wiedergewinnung und Fortsetzung des quantitativen Wirtschaftswachstums, sei es über eine Stimulierung der Nachfrage, sei es über eine Verbesserung der Angebotsbedingungen; die Belastung der natürlichen Umwelt ist und bleibt ausgeblendet.

Die Richtung für notwendige wirtschaftspolitische Innovationen wird demnach erkennbar: Eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik folgt nicht nur anderen Leitvorstellungen und Zielsetzungen, sie benötigt auch eine stärkere Differenzierung der "Instrumentenkästen"; sie erfordert die Auffüllung mit und die praktische Nutzung von zusätzlichen Instrumenten. Zunächst jedoch noch einige Bemerkungen zur herkömmlichen Geld- und Finanzpolitik.

Ein Dilemma der Geldpolitik besteht bekanntlicherweise darin, daß sie zwischen der Stabilisierung der Geldmenge im Sinne einer beschränkten Ausweitung der Geldmenge und der Stabilisierung eines möglichst niedrigen Zinses hin und her pendelt. Die Festlegung eines bestimmten Geldmengenziels dient vor allem der Preisstabilisierung, während mit der Zinsstabilisierung vor allem die Wiedererreichung der Vollbeschäftigung anvisiert wird. Diese Ausrichtung der Geldpolitik führt dazu, daß in Zeiten akuter Inflationsgefahr die Restriktion der Geldmengenausweitung und in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Zinssenkung im Vordergrund steht. Diese Reaktionsweisen des "stop and go" in der Geldpolitik sind aber völlig losgelöst von dem Umweltproblem: Es wird gar nicht (oder nur höchst indirekt) angesprochen, seine Beeinflussung (positiv oder negativ) ist ein nicht gewolltes Nebenprodukt.

Ähnlich lautet das Fazit in Bezug auf die Finanzpolitik, die, wenn sie der keynesianischen Regel folgt, je nach Konjunkturlage zwischen Brems- und Beschleunigungsmanövern hin und her pendelt.

Wie aber könnte die Wirtschaftspolitik nicht nur auf das Preis- und Beschäftigungsproblem, sondern auch auf die Bewältigung des Umweltproblems hin ausgerichtet werden? Zur Umweltstabilisierung und zur Ressourceneinsparung sollten neue geld- und finanzpolitische Instrumente geschaffen und eingesetzt werden. Das Instrument des Vorzugskredits gab es schon in verschiedener Weise und für verschiedene Zwecke, so daß es angesichts der ökologischen Problemkonstellation darum ginge, positive Vorbilder zu übertragen und anzuwenden. Auch im Steuer- und Abgabewesen gibt es historisch und im internationalen Vergleich betrachtet interessante Ansätze, wie insbesondere: Ressourcensteuer; Produktsteuer; Emissionsabgabe. Jetzt gälte es, systematisch entsprechende Ergänzungen und Umstellungen des Steuer- und Abgabewesens durchzusetzen¹³⁾.

Praktische Beispiele:

- Umwelt-Obligationen analog zu Pfandbriefen, die mit günstigen Konditionen ausgestattet werden.
- Umwelt-Kredit-Garantien, von Seiten der verschiedenen Körperschaften der öffentlichen Hand oder speziellen Bürgerschaftsgenossenschaften, zur Reduzierung des Schuldner-risikos.
- Umweltorientiertes Steuersystem, im Sinne des Abbaus von Mechanismen, die den Umweltverbrauch forcieren, und des Aufbaus von Mechanismen, die ihn stabilisieren und reduzieren (Beispiele: Ressourcensteuer, Emissionssteuer).
- Staatliches Umwelt- und Beschäftigungsprogramm als Paket von steuerlichen Anreizen und direkten Zuschüssen.
- Sondervermögen Umwelt und Beschäftigung als (staatliches) Stiftungsvermögen zur Förderung von integrierten Pilotprojekten.
- Ausgestaltung des Haftungs- und Verantwortungsprinzips (wie: generelle Umwelthaftung; kollektive Altlastenfonds; öffentliche Emissionsanzeige).
- Ausweitung der medial ansetzenden Abgaben (wie: Schadstoffabgaben, Abfallabgabe, Lärmabgabe, Inputabgabe) in Anlehnung an die Konditionen der vorhandenen Abwasserabgabe und unter Einbeziehung der Erfahrungen mit erfolgreichen ausländischen Beispielen.
- Erweiterung des gegebenen umweltpolitischen Instrumentariums (hier nur zu erwähnen, soweit es geld- oder finanzpolitische Aspekte aufweist).

5.4 Institutionelle Reformen

"Krisen kommen, Hoffnungen gehen - Institutionen bleiben bestehen". Es fällt nicht schwer, eine solche Charakterisierung der Trägerschaft staatlicher Wirtschaftspolitik vorzubringen - trotz des Hochs an Umweltproblemen und des Tiefs an Beschäftigung. Es wurden Umweltgesetze erlassen und Umweltinstitutionen gegründet, aber wurde inzwischen auch die Trägerschaft der Wirtschaftspolitik "ökologisiert"?

Diese Frage kann hier nur sehr verkürzt behandelt werden. Eines ist sicher: Damit eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik möglich wird, muß man auch über die institutionelle Basis der herkömmlichen Wirtschaftspolitik nachdenken, daß heißt: vorhandene Institutionen umpolen, veraltete aufgeben und neue schaffen. Dieser Gedanke dürfte jenen nicht gefallen, die für mehr Markt und gegen mehr Staat sind. Er muß jedoch nicht jenen mißfallen, die für einen besseren Markt und einen besseren Staat sind. Ohne Zweifel stehen wir hier vor einer schwierigen Aufgabe und "die Zukunft hat keinen Wahlkreis". Es müßten also Vorkehrungen getroffen werden, damit die Chancen der zukünftigen Generationen besser geschützt und bei den Entscheidungen der heutigen stärker berücksichtigt werden: "Simulation zukünftiger Präferenzen durch neuartige Institutionen" - so oder ähnlich sollte ein Projekt zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie lauten.

Zu diesem Zweck und in diesem Sinne gewinnt die Verbreitung von Erkenntnissen über zukünftig mögliche Umweltprobleme und wahrscheinlich eintretende Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie ein besonderes Gewicht. Dabei muß nicht nur von Übel sein, daß die eigene (individuelle, regionale, nationale) ökologische Situation nicht mehr isoliert betrachtet und behandelt werden kann, weil die Ausbreitung von Umweltproblemen nicht an derartigen Grenzen halt macht. Denn ohne allgemein zunehmendes ökologisches Verhalten der Produzenten, Konsumenten und der wirtschaftspolitischen Akteure ("Umweltlernen") und ohne breite Unterstützung aus allen gesellschaftlichen Bereichen werden einzelne Vorschläge (die obigen Vorschläge) zu einer ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik nicht weit führen.

Praktische Beispiele:

- Bildung einer Enquete-Kommission "Ökologische Indikatoren" und "Ökologisches Steuersystem" (Umweltstabilität).
- Wirtschaftspolitische Institutionen orientieren sich stärker an ökologischen Problemen (Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien, Bundesbank, Bundeskartellamt, Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat).

- Umweltinstitutionen erfahren einen Kompetenzzuwachs (aus dem relativ kompetenzarmen Umweltbundesamt wird ein kompetenzreiches Bundesumweltamt).
- Einrichtungen der Technologiebewertung und -entwicklung erhalten Umweltkompetenz (Gewerbeaufsichtsämter erhalten Umweltschutzbeauftragte; Umweltschutzbeauftragte in Unternehmen werden zu Ombudsmännern; TÜV, Polizei und Gerichte erhalten Umweltsachverständige).
- Einrichtungen der Produktbewertung erweitern ihre Kompetenz in Richtung der ökologischen Bewertung der Produktionsverfahren (aus der "Stiftung Warentest" wird eine "Stiftung Unternehmenstest").
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird zu einem allgemeinen (und allgemein verständlichen) Bestandteil allen ökonomischen und politischen Handelns.

6. Ausblick

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ist nach allem, was dazu oben gesagt wurde, eine große intellektuelle und praktisch-politische Aufgabe. Wenn sie gelingen soll, muß ein wichtiger Bereich unserer gesellschaftlichen Realität - die Ökonomie und die sie steuernde Wirtschaftspolitik - inhaltlich erneuert und methodisch erweitert werden. Eine Anleihe der Ökonomie bei der Ökologie liegt nahe¹⁴⁾. Einige Beispiele der Anwendung bzw. Nachahmung ökologischer Regelmechanismen wurden aufgezeigt. Sie eröffnen, so denke ich, eine Fülle von Möglichkeiten, das ökonomische System insgesamt umweltverträglicher zu gestalten. In der ökologischen Orientierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik liegt letztlich die einzige Chance, die Interessen von Mensch und Natur in Übereinstimmung zu bringen, d.h. beiden langfristigen Wohl-Stand in des Wortes echter Bedeutung zu garantieren.

In dem eingangs erwähnten Beitrag zitiert Karl Schiller seinen Kollegen aus dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, Hans Zacher: "Wo der Staat auf die Wirtschaft steuernd einwirken will, muß er konsistent, koordiniert und transparent handeln. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität

und des Wachstums der Wirtschaft von 1967 war ein Versuch, der Wirtschaftspolitik einen entsprechenden Rahmen zu geben. ... Es ist notwendig, ... einen neuen leistungsfähigen Rahmen zu entwickeln"¹⁵⁾. Diese Forderung kann man in Bezug auf unser Thema wie folgt interpretieren: Der Rahmen der praktischen Wirtschaftspolitik besteht aus bestimmten Leitvorstellungen, definierten Zielen, ausgewählten Instrumenten und überkommenen Institutionen. Man muß daher die Leitvorstellungen, die Ziele, die Instrumente und die Institutionen ändern, wenn aus der derzeitigen Wirtschaftspolitik eine leistungsfähige ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik werden soll.

Anmerkungen

- 1) Vgl. K. Schiller: Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst, 3, 1983, S. 116-121.
- 2) C. Schütze: Zur Lage der Natur in der Nation, in: Scheidewege, 11. Jg., 1, 1981, S. 139.
- 3) Forschungsprogramm 1983-1987 des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG), Wissenschaftszentrum Berlin, 1983, S. 6.
- 4) W. Vogt: Seminar Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt 1973, S. 19.
- 5) Vgl. A. Endres: Umwelt- und Ressourcenökonomie, Darmstadt 1985.
- 6) Vgl. H. Henderson: The End of Economics, New York 1984.
- 7) H. Riese: Wirtschaftspolitik unter veränderten historischen Bedingungen, in: Frankfurter Hefte, 10, 1979, S. 21.
- 8) Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum, Köln 1980.
- 9) Vgl. vor allem H.C. Binswanger u.a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, 4. Aufl., Frankfurt 1984.
- 10) W. Leontief: Ausweg: Weniger arbeiten, FR-Gespräch mit Nobelpreisträger Leontief, in: Frankfurter Rundschau, 2.11.1983, S. 13.
- 11) Vgl. K. Boulding: The Economics of the Coming Spaceship Earth, in: Global Ecology, New York 1971, S. 180-197.
- 12) Vgl. U.E. Simonis (Hg.): Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt, 3. Aufl., Karlsruhe 1985.
- 13) Vgl. z.B. C. Leipert, U.E. Simonis: Arbeit und Umwelt. Ansatzpunkte für eine integrierte Beschäftigungs- und Umweltpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 10.8.1985, S. 3-15.
- 14) Vgl. M. Jänicke u.a. (Hg.): Wissen für die Umwelt, Berlin, New York 1985.
- 15) K. Schiller, a.a.O., S. 116.